



13.03.2014

Ukraine erhält milliardenschwere Hilfszusagen von EU, USA und Weltbank für Bewältigung der Finanzkrise

Ukraine erhält milliardenschwere Hilfszusagen von EU, USA und Weltbank für Bewältigung der Finanzkrise

EU bietet 11 Mrd. Euro schweres Hilfspaket an, setzt Zölle aus und forciert Assoziierungsabkommen / Weltbank stellt 3 Mrd. US\$ bereit / Bedingung ist ein Abkommen mit dem IWF / Von Christian Overhoff

Kiew (gtai) - Internationale Geber sagen der Ukraine ihre finanzielle Unterstützung zu. Soforthilfe in Höhe von 1 Mrd. US\$ kommt von der US-Regierung. Die EU stellt unmittelbar 610 Mio. Euro Makrofinanzhilfe bereit. Ab Juni sollen Erleichterungen im Handel mit der EU im Wert von jährlich 500 Mio. Euro gelten. Insgesamt schnürt die Union ein Hilfspaket über 11 Mrd. Euro. Die Weltbank stellt 3 Mrd. US\$ in Aussicht. Alle Geberbanken warten aber auf den Abschluss eines Abkommens zwischen der Ukraine und dem IWF.

"Die Europäische Kommission ist fest entschlossen, die Ukraine bei ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung zu unterstützen", sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Vor einer Woche stimmten die Staats- und Regierungschefs der EU einem von der Kommission vorgeschlagenen 11 Mrd. Euro schweren Hilfspaket für die Ukraine zu. Die Kommission versprach "die schnelle Umsetzung des Paketes".

Der Gesamtbetrag von 11 Mrd. Euro des Hilfspaketes setzt sich zusammen aus rund 3,0 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2014 bis 2020 sowie aus Finanzmitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Beide Banken können von 2014 bis 2016 voraussichtlich etwa 8 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Aus ihrem Haushalt will die EU rund 1,4 Mrd. Euro als Entwicklungshilfe in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse bereitstellen. Im Falle einer günstigen Entwicklung in der Ukraine sollen zudem 1,6 Mrd. Euro in Form von Krediten als Makrofinanzhilfe zur Verfügung gestellt werden. Darunter stehen 610 Mio. Euro praktisch sofort für 2014 bereit. Das ukrainische Parlament ratifizierte Anfang März ein Memorandum, nach dem die Ukraine diese 610 Mio. Euro Soforthilfen erhalten kann.

Zölle auf ukrainische Exporte in die EU werden vorübergehend ausgesetzt

Zusätzlich öffnet die EU ihren Absatzmarkt für ukrainische Waren. Für einen Übergangszeitraum bis zum 1.11.2014 werden die Zölle auf ukrainische Waren reduziert oder fallen ganz weg. Diesen Vorschlag gab die EU-Kommission am 11.3.2014 in Straßburg bekannt. Damit sollen Handelserleichterungen einseitig vorgezogen werden, die in dem geplanten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine über eine weitreichende Freihandelszone vorgesehen waren (Zollsenkungen und Eröffnung von Zollkontingenten). Bis zum November soll dann das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen unterzeichnet und

provisorisch in Kraft sein. Generell lässt das Abkommen der Ukraine zudem mehr Zeit für die Marktöffnung als den EU-Ländern.

Bis zu 500 Mio. Euro an wirtschaftlichem Vorteil werden die Handelserleichterungen der Ukraine jährlich einbringen, betonte die Kommission. Allein 400 Mio. Euro daraus kämen dem Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel zu Gute. Ganz in trockenen Tüchern befindet sich die Zollsenkung aber noch nicht. Handelskommissar Karel De Gucht befürwortet das schnelle Vorgehen, muss jedoch zuvor um Zustimmung durch das Europäische Parlament und den Rat werben. Barroso forderte die EU-Staaten und das Europaparlament zu einer schnellen Billigung auf, damit die Erleichterungen bereits ab Juni gelten können.

Merkel: Assoziierungsabkommen schon in wenigen Tagen

Deutschland und Polen befürworten darüber hinaus eine schnelle Implementierung des bereits ausgehandelten Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Am 12.3.2014 kündigten Bundeskanzlerin Merkel und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Warschau an, dass der politische Teil des Assoziierungsabkommens bereits bei der nächsten Sitzung des Europäischen Rats Ende kommender Woche unterschrieben werden solle.

Bedingung für EU-Hilfen ist ein Abkommen mit dem IWF

Doch alle Zusagen für Finanzmittel hängen von der Unterzeichnung eines Kreditabkommens zwischen der Ukraine und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ab, wie die EU-Kommission in einer Veröffentlichung zu ihrem Hilfspaket betonte. Diese Bindung von Hilfskrediten an eine enge Zusammenarbeit mit dem IWF beziehungsweise die Erfüllung der Reformforderungen des Fonds ist eine Konstante in der Politik der EU in ihrer Unterstützung der Ukraine - und die Union dürfte hiervon auch nicht abrücken. Politische und wirtschaftliche Reformen, wie im Assoziierungsabkommen vorgesehen, bilden zudem die generelle Bedingung für die Hilfen. Auf diesem Gebiet war die Ukraine 2013 recht weit vorangekommen und hatte viel zur Anpassung von Gesetzestexten an EU-Recht getan.

Für die nächsten drei Jahre hat die EIB bereits Projekte in einem Umfang von bis zu 1,5 Mrd. Euro für die Ukraine in der Pipeline. Insgesamt bis zu 3 Mrd. Euro könnte die Bank bis 2016 zur Unterstützung des Privatsektors und der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur stemmen, wenn "adäquate" Garantien, das nötige politische Umfeld und betriebswirtschaftlich akzeptable Bedingungen vorhanden sind. Die EBWE bestätigte im März 2014, die ukrainische Wirtschaft mit Investitionen in Höhe von 5 Mrd. Euro bis 2020 bei den nötigen strukturellen und makroökonomischen Wandel unterstützen zu können. In den nächsten fünf Jahren betrage die Kapazität für das Land bis zu 1 Mrd. Euro jährlich. Die EBWE stehe dazu im Rahmen eines koordinierten internationalen Finanzhilfsprogramms bereit. Auch dieses Geberinstitut nennt wiederholt die Einigung zwischen Ukraine und IWF als unabdingbar für eine solche Summe: "it is essential for investor confidence", hieß es in einem Statement der Bank.

Soforthilfe im Energiesektor durch Gaslieferungen aus dem Westen

Einen ganz wichtigen Stützpfeiler des EU-Beistandes bildet die sofortige Hilfe im Energiesektor. Allen voran steht das Angebot Brüssels im Falle einer Reduzierung oder Aussetzung der russischen Gaslieferungen an die Ukraine das Land von Westen aus kurzfristig mit Gas zu beliefern. Der deutsche Konzern RWE erklärte seine Bereitschaft, Gas in die Ukraine zu liefern. Allerdings muss die Ukraine beziehungsweise der nationale Netzbetreiber Naftogaz zuvor noch eine bereits ausgehandelte Vereinbarung über den Gastransport von Westen aus mit den Fernleitungsbetreibern der Slowakei unterzeichnen. Längerfristig soll die Position des ukrainischen Energiesektors durch die Modernisierung des ukrainischen Gastransitsystems und die Arbeit an

den Gaslastflüssen entgegen der Hauptflussrichtung, insbesondere über die Slowakei, gestärkt werden. Ein erstes Darlehen könne laut EU-Kommission "in naher Zukunft" bewilligt werden.

Die Ukraine plant 2014 etwa 27 Mrd. bis 30 Mrd. cbm Gas von Russland zu beziehen, sagte der Minister für die Energie- und Kohleindustrie Jurij Prodan Mitte März. Der russische Gaskonzern Gazprom hat den seit Januar 2014 geltenden Discount auf ukrainische Gasimporte aber aufgrund des Regierungsumsturzes wieder gestrichen. Prodan gab Mitte März bekannt, dass der Preis für russisches Gas ab April voraussichtlich auf 368,5 \$ pro tausend Kubikmeter steigen werde. Durch den Rabatt hatte der Preis zuvor bei etwa 260 US\$ gelegen. Die Ukraine hat ihre offene Gasrechnung für Februar gegenüber Gazprom bislang nicht beglichen. Daraufhin droht Gazprom-Chef Aleksej Miller mit der Einstellung der Gaslieferungen. Er beziffert die ukrainischen Gasschulden auf knapp 2 Mrd. \$. Ende Februar zahlte die Ukraine zuletzt rund 1,7 Mrd. \$ an den Konzern.

Weltbank stellt 3 Mrd. US\$ bereit

Die Weltbank mit Sitz in Washington, D.C. (USA), stellt der Kiewer Regierung bis zu 3 Mrd. US\$ an Hilfgeldern in Aussicht. "Wir sind verpflichtet, den Menschen der Ukraine in diesen schwierigen Zeiten zu helfen.", teilte Weltbank-Chef Jim Yong Kim in einer Erklärung Mitte März mit. Die Gelder sollen noch dieses Jahr in einzelne Projekte zur Unterstützung der Regierung bei Reformen und zur Stabilisierung der Wirtschaft fließen. In einem laufenden Hilfsprogramm stützt die Weltbank die Ukraine bereits mit rund 3,7 Mrd. US\$ bei der Modernisierung und dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur (Versorgung mit Wasser und Energie, Abwasser, Straßenbau) sowie bei der Entwicklung des privaten Sektors. Der Vorstand der internationalen Finanzorganisation muss das Geld aber erst noch freigeben. Die ukrainische Übergangsregierung hatte ein offizielles Hilfsgesuch bei der Weltbank gestellt.

USA gibt 1 Mrd. US\$ Soforthilfe

Die Soforthilfe der US-Regierung in Höhe von 1 Mrd. US\$ ist hingegen bereits auf dem Weg und schon für März angekündigt. Die Zusage über diese Kreditgarantien für die Energieversorgung hatte US-Außenminister John Kerry Anfang März bei einem Besuch in Kiew mitgebracht.

IWF-Mission sondiert den Finanzbedarf der Ukraine

Auch die erste Tranche eines möglichen Drei-Milliarden-Dollar-Kredits vom Internationalen Währungsfonds (IWF) könnte in Kürze überwiesen werden. Eine Mission des IWF befindet sich seit Anfang März in der Ukraine, um den tatsächlichen Finanzbedarf des Landes zu ermitteln. Diesen kalkuliert die Übergangsregierung in Kiew für die kommenden zwei Jahre auf 35 Mrd. US\$. Allerdings dürften die Finanzlücken derzeit kaum genau beziffert werden können angesichts der wirtschaftlichen Krise, der unklaren außen- und innenpolitischen Lage sowie der erheblichen Intransparenz in der staatlichen Verwaltung.

Mit Blick auf die laufenden Gespräche mit dem IWF und die geplanten Maßnahmen der ukrainischen Regierung zur Reduzierung der Staatsausgaben, sieht Finanzminister Oleksandr Schlapak die Möglichkeit für den Erhalt der ersten Kredittranche bereits für April. Dies sagte er in einem Pressebriefing Anfang März in Kiew, meldete Interfax Ukraine. Zuvor hatte die Übergangsregierung den IWF um 15 Mrd. US\$ gebeten, um die Schulden zu bedienen und russisches Gas zu bezahlen. Premierminister Arsenij Jazenjuk hat gegenüber dem IWF seine Bereitschaft angekündigt, sämtliche Reformauflagen des Fonds für den Abschluss eines neuen Kreditabkommens umsetzen zu wollen - auch die schrittweise Streichung der Subventionen für den inländischen Gaspreis. In den Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung im Jahr 2011 verlangte die IWF-Delegation einen 30%igen Tarifaufschlag. Die IWF-Experten favorisieren statt Preissubventionen direkte Hilfen an die Bedürftigen.

Mehr Informationen zur EU-Zollsenkung und dem Hilfspaket enthält eine Veröffentlichung der EU-Kommission: http://europa.eu/newsroom/pdf/ukraine_de.pdf

(C.O.)


Dieser Artikel ist relevant für:

Ukraine

Wirtschaftsbeziehungen zur EU, Wirtschaftspolitik, allgemein, Internationale Organisationen, Energiepolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt, Auslandsverschuldung

KONTAKT

Verena Saurenbach

 0228/24993-283

 **Ihre Frage an uns**

[http:// www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=977408.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=977408.html)

© 2014 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.